

## PRESSEMITTEILUNG

Nr. 0604/2006  
10.05.2006

### Kritik an Ganztagsschulprogramm ist gezielte Stimmungsmache

*Zur Kritik des Bundesrechnungshofes am Ganztagsschulprogramm erklärt*

**Priska Hinz**, bildungspolitische Sprecherin:

Der Bund muss auch künftig die Kompetenzen haben, Programme zur Verbesserung der Qualität im Bildungsbereich aufzulegen.

Bildungseinrichtungen sollten sich direkt um Mittel aus solchen

Programmen bewerben können. Das ist eine logische Folgerung aus der von uns Grünen immer wieder erhobenen Forderung nach mehr Autonomie für Schulen und Hochschulen. Mit einem solchen Verfahren wäre auch die Kontrolle über die Verwendung der Mittel gewährleistet.

Die aktuelle Kritik am Ganztagsschulprogramm ist zu einem großen Teil gezielte politische Stimmungsmache. Das Programm soll schlecht geredet werden, um Änderungen an der Föderalismusreform im Bildungsbereich zu verhindern. Dem Bundesrechnungshof steht es nicht gut zu Gesicht, zu einem Zeitpunkt, an dem noch gar keine Prognose über die Wirksamkeit des Programms angestellt werden kann, eine solche politische Bewertung vorzunehmen. Es ist anmaßend, den Ländern grundsätzlich zu unterstellen, die Mittel zweckfremd zu verwenden.

Die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern sagt klar, wofür Gelder zu verwenden sind. Sie regelt auch, dass die Länder die Mittel zurückzahlen müssen, wenn sie sie nicht gemäß dem Verwendungszweck ausgeben.

Man muss von PISA her denken. Wir brauchen mehr Qualität in der Bildung. Ein wichtiger Schlüssel dafür ist längere Bildung und Betreuung von Kindern in Ganztagschulen. Die Mittel des Bundes unterstützen die Länder bei Sachinvestitionen, so dass sie wiederum ihre eigenen Mittel für mehr Personal und eine bessere Ausbildung der Lehrkräfte einsetzen können.